Geschichte

Mali blickt auf eine sehr lange, von Konflikten geprägte Geschichte zurück. Ab 1991 galt das Land aber vorübergehend als ein demokratischer Hoffnungsträger auf dem afrikanischen Kontinent. Denn die Militärputsche von 2012 und 2020 und die bewaffneten Konflikte in Nord- und Zentralmali haben das Land in schwere Krisen gestürzt.

Die Republik Mali verlieh sich ihren Namen in Hinsicht auf die Erinnerung an das westafrikanische Großreich Mali unter die Keita-Dynastie (Blütezeit: 12.-14. Jahrhundert), das von den Malinké gegründet wurde und als das bedeutendste frühmittelalterliche Großreich Westafrikas angesehen wird. Das zweite wichtige mittelalterliche Reich war das Songhay Reich, das Ende des 14. Jahrhunderts gegründet wurde und ebenso wie das Mali-Reich weite Teile Westafrikas umfasste. Unter dem berühmtesten Songhay-Herrscher, Mohammed Askia, kam es zunehmend zur Adaption arabisch-islamischer Lebensformen, insbesondere Timbuktu erlebte hinsichtlich dessen eine Phase kultureller Blüte.

Am Ende des 16. Jahrhunderts drangen marokkanische Truppen nach Westafrika ein und schlugen die Armee des Songhay-Reiches vernichtend. Daraus erwachsend lösten sich ab dem 17. Jahrhundert die Bambara aus der Vorherrschaft der Songhay und bauten eine Reihe von Herrschaftszentren entlang des Niger um Ségou herum auf. Untereinander zerstritten, waren die Bambara nicht in der Lage, sich gegen die aus Guinea einfallenden Krieger des Volkes der Toucouleur zu wehren, die bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Macht im nahezu gesamten heutigen Staatsgebiet Malis übernahmen.

Über lange Zeit gab es in Europa nur sehr wenige Kenntnisse über die Gebiete südlich der Sahara, und insbesondere Timbuktu wurde als eine sagenumwobene Stadt betrachtet. Erst 1828 wurde sie vom Franzosen René Caillé als zweiten Europäer nach Gordon

Laing betreten.

Das Gebiet der heutigen Republik Mali wurde Ende des 19. Jahrhunderts von der französischen Kolonialarmee erobert. Der bewaffnete Widerstand gegen die Invasoren hielt noch bis zur Jahrhundertwende an, brach dann aber zusammen. Noch wenige Jahre zuvor, genauer 1892, erfolgte die Gründung der französischen Kolonie Soudan; (anders siehe Wikipedia «Umbenennung eines Territoriums im Gebiet 1890 in Französisch-Sudan»). Im Jahre 1904 erreichte die Bahnlinie von Dakar Richtung Mali den Niger bei Bamako. Daraufhin 1908 wurde Bamako zur Hauptstadt der Kolonie. 1920 untergliederte die französische Kolonialmacht ihre westafrikanischen Territorien in acht Teilkolonien, wobei das Territorium der heutigen Republik Mali dem damaligen Französisch-Sudan entsprach.

Infolge der Zwangseingliederung in das französische Kolonialsystem entwickelte sich die Kolonie zu einem Rohstofflieferanten (Baumwolle, Erdnüsse) und wurde nebstdem zum Absatzmarkt für Fertigprodukte degradiert. Zudem wurden in großem Stil Arbeiter und Soldaten für die Kolonialarmee zwangsrekrutiert.

Beim Bau des Markala-Staudamms (fertiggestellt 1947) nordöstlich von Ségou setzte die französische Kolonialmacht Tausende von Zwangsarbeiter ein.

Nach dem zweiten Weltkrieg, 1946, führte das wachsende politische Bewusstsein in den französischen Kolonialgebieten Westafrikas zur Gründung der Nationalbewegung «Rassemblement Démocratique Africain (RDA)». Einer der Führer der RDA war, Modibo Keïta, der spätere erste Staatspräsident der Republik Mali. 1958 wandelte Frankreich Französisch-Sudan in die halbautonome «République Soudanaise» um. 1959 bildeten der Senegal und die République Soudanaise «die Mali Konföderation», die jedoch von kurzer Lebensdauer war, da sie bereits im August 1960 zerbrach. Am 22. September 1960 rief Modibo Keïta die unabhängige Republik Mali aus. Seitdem gilt

der 22. September als malischer Nationalfeiertag: Tag der Unabhängigkeit war der 22. September 1960.

Der Grenzverlauf der Republik Mali entspricht bis heute den Verwaltungsgrenzen der ehemaligen Teilkolonie Französisch-Sudan. Der Grenzverlauf ignoriert auch geographische und ethnisch sprachliche Einheiten. So zerschneidet die Grenze zwischen Mali und Burkina Faso das Siedlungsgebiet der Bobo und die malisch-nigrische Grenze das Siedlungsgebiet der Songhai, eines autochthonen/einheimischen schwarzafrikanischen Volkes.

Entwicklung des heutigen Staates

Unter dem ersten Staats- und Regierungschef Modibo Keïta betrieb die malische Regierung eine blockfreie und sozialistisch orientierte Politik, Hierbei unterhielt das regierende Einparteiensystem sowohl zur Sowjetunion als auch zur Volksrepublik China gute Beziehungen. 1961 setzte Modibo Keïta die Schließung der französischen Militärbasen in Mali durch. In Nordmaliden schlug die Armee in den Jahren 1962 bis 1964 einen bewaffneten Aufstand von Tuareg-Gruppen nieder. Dessen blutige Niederschlagung legte ab den neunziger Jahren den Grundstein für weitere Tuareg-Rebellionen (siehe unter «Konfliktzone Nordmali»). 1968, nach einer Reihe gesellschaftlich und innenpolitisch umstrittener Reformen, wurde Modibo Keïta vom Militär gestürzt, worauf das Land 23 Jahre von einer Militärdiktatur unter Moussa Traoré regiert wurde. Die Umstände der 1977 verübten Ermordung Modibo Keïtas werfen bis heute noch Fragen auf.

Im März 1991 stürzte nach besonders in Bamako zahlreich fordernden Opfern von Unruhen eine Gruppe Soldaten unter Führung von Oberstleutnant Amadou Toumani Touréblutigen den Diktator Traoré und die das Land regierende Einheitspartei. Nach seiner Verhaftung wurde Moussa Traoré 1999 zum Tode verurteilt, die Todesstrafe wurde jedoch wenige Monate später in eine lebenslange Haft umgewandelt. Nach seiner Begnadigung

im Jahr 2002 wurde Moussa Traoré aus der Haft entlassen und lebte bis zu seinem Tod im September 2020 in Bamako. Für Aufsehen und Kritik sorgte seine Teilnahme an der Amtseinführung des in 2013 gewählten Präsidenten Ibrahim Boubacar Keita.

Die Dritte Republik

Der geleitete Nationale Verteidigungsrat betonte von Beginn weg seine Bereitschaft, einen möglichst schnellen Übergang bis hin zu einer zivilen Regierung zu ermöglichen. Anfang 1991 wurde eine Übergangsregierung gebildet. Im Sommer 1991 wurde in Bamako eine Nationalkonferenz abgehalten, an der 1.500 Delegierte mit unterschiedlichsten gesellschaftlichen und politischen Hintergründen teilnahmen. Mit dem Bau neuer Fernstraßen sollte ferner die Anbindung Westmalis, inklusive der Region Timbuktu optimiert werden. Ferner ist der Bau einer Straße zwischen Bourem (nördlich von Gao) und der algerischen Grenze geplant, welche die Anbindung Nordmalis sowohl an das nationale wie auch das algerische Straßennetz erheblich verbessern würde. Wie im letzten und folgenden Link ersichtlich, besteht laut Stand Januar 2026 bereits eine Strasse von Bourem nach Elkhalil. Zurück nun zur «Chonologie der dritten Republik»..

Ende 2015 wurde mit dem Bau der ersten Autobahn des Landes begonnen. Die 60 km lange Schnellstraße verbindet Bamako mit der Regionshauptstadt Koulikoro. Allerdings erscheint hierzu die Frage berechtigt, ob die zweifelsohne notwendige Optimierung der wichtigen Verkehrsachse Bamako – Koulikoro nicht auch kostengünstiger hätte erreicht werden können; dies beispielsweise durch einen besseren Unterhalt der bestehenden Fernstraße und den Bau einiger Umgehungsstraßen.

Im Umland von Bamako beginnt ein Logistikkonzern aus Dubai ein 1000 Hektar großes modernes Containerumschlagszentrum Gestalt anzunehmen, das Multimodal-Terminal im Grossraum Bamakos. Die Inbetriebnahme des Zentrums verspricht eine effiziente

Vereinfachung und weitere Steigerung des stetig wachsenden Containerverkehrs auf der strategischen Verkehrsachse Bamako – Dakar.

Während sie 1997 an der Parlamentswahl als mit Abstand stärkste Partei hervorging, musste die ADEMA an der folgenden Parlamentswahl im Jahr 2002 schwere Verluste hinnehmen. Diese wurden unter anderem mit parteiinternen Streitigkeiten (Abspaltung eines ADEMA-Flügels und Gründung der Partei RPM) und Vorwürfen des Machtmissbrauchs und der Misswirtschaft erklärt. Im Mai 2002 gewann der Parteilose Amadou Toumani Touré mit 64 Prozent der Stimmen die Präsidentschaftswahl und löste damit Alpha Oumar Konaré ab, der nach Verfassungsgrundlage kein drittes Mal als Präsidentschaftskandidat antreten konnte.

Militärputsch im März 2012

Im März 2012 fand ein Militärputsch statt. Das unter Führung von Hauptmann Amadou Sanogo gestandene Militär stürmte den Präsidentenpalast, erklärten die Regierung für inkompetent und verhängte eine vorübergehend nächtliche Ausgangssperre. Zudem verhaftete es einen Teil der Regierungsmitglieder. Präsident Touré jedoch konnte entkommen, und sein Aufenthaltsort blieb über längere Zeit unbekannt. In Bamako kam es zu Plünderungen durch Soldaten und von der Situation Profitierenden. Auch aus diesem Grund begegnete den Putschisten ein wesentlicher Teil der Bevölkerung frühzeitig mit Misstrauen und Ablehnung. Der Putsch traf aber auch bei zahlreichen Maliern auf Zustimmung oder zumindest Duldung.

Als Hauptgrund für ihr Handeln benannten die Putschisten eine tiefe Unzufriedenheit mit der ihrer Meinung nach «unzureichenden Ausstattung und Bewaffnung sowie mangelhaften Führung der im Norden des Landes gegen Rebellengruppen kämpfenden Armee». «Der Nordmali-Konflikt» wird innerhalb dieses Länderinformationsportals unter „Konfliktzone Nordmali“ behandelt.

Den Militärputsch verurteilten nahezu alle bedeutenden Parteien, ebenso wie wichtigsten zivilgesellschaftliche Organisationen und Vereinigungen wenige Tage nach dem Putsch. All Diese Interessenvertretungen forderten besonders auch die Rückkehr zur Demokratie. Zudem wurden zwei neue Parteienbündnisse gegründet, wobei es sich einerseits um ein putschistenfreundliches Bündnis und andererseits um ein 38-Parteien vereinigendes Pro-Demokratie-Bündnis handelte.

Die Militärregierung, die sich «Nationales Komitee für die Errichtung der Demokratie und die Wiederherstellung des Staates nannte», sah sich schon sehr früh einer klaren Ablehnung und zunehmendem Druck seitens der internationalen Staatengemeinschaft und der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS gegenüber. Letztere drohte zudem mit ernsten Sanktionen, sollten die Militärs ihre Macht nicht binnen kurzer Zeit freiwillig abgeben.

Im April 2012 erklärten sich schließlich die Militärs bereit, den Weg zu einer Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung zu ebnen, indem sie eine Vereinbarung mit der ECOWAS schlossen, welche die Machtübergabe an eine zivile Regierung vorsah. Zugleich trat der gestürzte Präsident Touré offiziell zurück, um die Machtübergabe an eine Übergangsregierung zu ermöglichen, und floh nach Senegal.

Der bisherige Parlamentspräsident Dioncounda Traoré wurde zum Übergangspräsidenten vereidigt. In der von den Militärs eingeleiteten Regierung, die der Übergangspräsident Traoré und der im April 2012 ernannte Premierminister Cheick Modibo Diarra leitete, waren neben zahlreichen Zivilisten auch den Putschisten nahe stehende hochrangige Militärs vertreten.

Es ist davon auszugehen, dass die Anführer in der sich «Regierung der Nationalen Einheit» nennenden Übergangsregierung des Putsches im Hintergrund immer noch über eine erhebliche Macht verfügten. Dies zeichnete sich deutlich ab, als Ende 2012 offenbar auf Befehl von Amadou Sanogo

handelnde Militärs den damaligen Premierminister verhafteten und ihn zum Rücktritt zwangen. Mit Cheick Modibo Diarra trat dann auch die gesamte Regierung zurück. Die erneute offene Einmischung der Militärs stieß auf internationale Verurteilung und zeigte die hohe Bedeutung des in dieser Phase fortbestehenden Schattenregimes unter Führung von Amadou Sanogo. So wurde beispielsweise dem gestürzten Premierminister Diarra die Möglichkeit einer Ausreise verweigert.

Nur einen Tag nach der gewaltsamen Entmachtung von Cheick Modibo Diarra ernannte der Übergangspräsident Traoré Diango Sissoko zum neuen Premierminister, der eine neue Regierung bildete. Eine ihrer wichtigsten Aufgaben bestand in der Vorbereitung der Präsidenten- und Parlamentswahlen im Sommer / Herbst des Jahres 2013, die anschliessend unter «Wahlen» behandelt werden.

Ende 2013 wurde Amadou Sanogo festgenommen. Drei Jahre später wurde ein Gerichtsverfahren gegen ihn eröffnet, wobei die Anklage auf Mord lautete. Ihm wurde vorgeworfen, für die Ermordung von mindestens 21 Soldaten verantwortlich zu sein. Der Prozess wurde nach wenigen Wochen unterbrochen und sollte im Januar 2020, nach mehrmaligen Verschiebungen, fortgesetzt werden. Im selben Monat wurde Amadou Sanogo vorübergehend aus der Haft entlassen.

Ende 2017 besuchte der ehemalige Präsiden Präsident Touré nach über fünfjährigem Exil im Senegal erstmalig wieder Mali. Dies wurde als ein Beitrag zur nationalen Aussöhnung gewertet. Dieses Video zeigt die Ankunft von Amadou Toumani Touré im Dezember 2017 und verdeutlicht die emotionale und politische Bedeutung seiner Rückkehr für die Menschen in Mali, als das Land bereits tief in der Krise steckte. Ende 2019 kehrte Touré endgültig nach Mali zurück. Nur wenige Monate nach seiner Rückkehr (August 2020) wurde der amtierende Ibrahim Boubacar Keita (IBK) durch einen Putsch gestürzt. Diesen Putsch erläuterte ich in den anschliessenden Kapiteln.
Der ehemalige Präsiden Präsident Touré verstarb im November

2020.

Wie bereits angedeutet, herrschte in Mali ab 2020 eine schwere innenpolitische Krise. Im Mai 2020 sah sich der damalige Präsident Ibrahim Boubacar Keita immer stärkeren Protesten von politischen, zivilgesellschaftlichen und islamischen Parteien und Gruppen gegenüber (siehe Unterkapitel Wahlen). Deren Demonstrationen richteten sich vornehmlich gegen das offizielle Wahlergebnis der Parlamentswahlen im Frühjahr 2020 und gegen Korruption sowie die schwierige wirtschaftliche Lage. Anfang Juli 2020 spitzten sich die Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und der im Juni 2020 gegründeten Protestbewegung «Mouvement du 5 juin – Rassemblement des forces patriotiques» (M5-RFP) dramatisch zu. Während einer Großdemonstration in Bamako barrikadierten Protestierende Haupverkehrsstraßen und griffen Schlüsselgebäude des Staates an. Die Sicherheitskräfte eröffneten daraufhin das Feuer und töteten einige Protestierende. Auch in den Folgetagen kam es zu Protestaktionen, wurden Barrikaden errichtet und angezündet, und Sicherheitskräfte erschossen weitere Protestierende. Hierbei wurden auch Anti Terror-Einheiten eingesetzt. Dieses Video zeigt einen Teil der Proteste.

Militärputsch im August 2020

Während der schweren innenpolitischen Krise putschte das Militär am 18. August 2020. Die Putschisten nahmen den Präsidenten und den Premierminister fest. Präsident Ibrahim Boubacar Keïta wurde zum Rücktritt gezwungen und gab die Auflösung der Regierung und des Parlaments bekannt. Der Militärputsch wurde von der Mehrheit der Bevölkerung begrüßt. In Bamako feierten Tausende Anhänger der M5- RFP, (des Mouvement du 5 juin – Rassemblement des forces patriotiques), den Rücktritt des Präsidenten. Zugleich forderten deren Anführer die Bildung einer zivilen Übergangsregierung. Die Putschisten bildeten ein Nationales Komitee zur Rettung des Volkes und verkündeten «in angemessener Zeit» Neuwahlen sowie die Einhaltung bestehender internationaler Verträge.

Schon sehr früh sah sich die Militärjunta einer klaren Ablehnung seitens der internationalen Staatengemeinschaft und besonders der ECOWAS gegenüber. Letztere verhängte gegen Mali Wirtschaftssanktionen, um den Druck auf die Militärjunta zu erhöhen.

Ende August 2020 wurde der gestürzte Präsident Ibrahim Boubacar Keïta freigelassen, flog in die Vereinigten Arabischen Emirate und kehrte erst Ende Oktober 2020 nach Mali zurück. Anfang September 2020 führten Gespräche zwischen der Militärjunta unter Führung von Oberst Assimi Goita und ca. 500 Vertretern politischer und zivilgesellschaftlicher Gruppen zur Ausarbeitung von Plänen für eine Übergangsregierung. Die Pläne sollten das Land in den kommenden 18 Monaten aus der Krise führen und neue Wahlen vorbereiten. Ende September 2020 wurde mit Bah N'Daw, ein pensionierter hoher Militär, zum Präsidenten ernannt. Sein Stellvertreter wurde Oberst Goïta. Zum Premierminister der Übergangsregierung wurde Moctar Ouane ernannt, der zuvor, von 2004 bis 2011, Außenminister gewesen war.

Anfang Oktober 2020 wurde eine Übergangsregierung gebildet. Vier der 25 Minister der neuen Regierung waren Militärs, die Schlüsselressorts einnahmen. Nach der Bildung der Übergangsregierung hob die ECOWAS ihre gegen Mali verhängten Wirtschaftssanktionen auf.

Die Zusammensetzung des im Dezember 2020 erstmals zusammengetretenen Nationalen Übergangsrats ist umstritten. Wichtige politische Parteien und Teile der Zivilgesellschaft werfen den Militärs vor, sie sicherten sich eine überproportionale Anzahl von Sitzen im Übergangsrat zu. Sie kündigten an, keine Vertreter in den Rat zu entsenden. Zugleich organisierte die größte Gewerkschaft des Landes im November 2020 einen sozialpolitisch orientierten dreitägigen Streik, wodurch der Druck auf die Übergangsregierung zunahm. Zudem kündigte die Gewerkschaft für Dezember 2020 einen weiteren Streik an. Die innenpolitische Spannung wurde

überdies durch die im November 2020 bekannt gewordene Entscheidung erhöht, die Mehrzahl der Posten mit Gouverneuren der Regionen und mit Oberst Goïta nahestehenden Militärs zu besetzen.

Im Zuge der Dezentralisierung wurde den Gemeinden schrittweise die Zuständigkeit für ein breites Spektrum von Aufgabenbereichen übertragen, welche die ökonomische, soziale und kulturelle Entwicklung der Gemeinden betreffen (zum Beispiel Primärbildung, Wirtschafts- und Tourismusförderung, Wasserversorgung und Landnutzungsplanung). Die Gemeinden können dadurch Kredite aufnehmen, eigenes Personal einstellen sowie Steuern und Abgaben erheben.

Zu den seither größten Herausforderungen für die Kommunen gehören die Bürgerbeteiligung, die Armutsbekämpfung, die Flächennutzung, Probleme in der Übertragung von Ressourcen und Kompetenzen auf die Kommunen sowie die Erhöhung der kommunalen Einnahmen. Mancherorts bereiten auch Korruption, unzureichend motivierte Mitarbeiter und Bodenspekulation Probleme.

Im Laufe der seit 1991 erfolgten politischen Transformation wurde ein unabhängiges Rechtssystem geschaffen, in welchem sich dessen Vertreter allerdings in der Öffentlichkeit vielfach Vorwürfen der Bestechlichkeit und der Günstlingswirtschaft ausgesetzt sehen. Das Justizwesen ist heute, Stand 2026 insgesamt als schwach zu beurteilen. Auch aus diesem Grunde werden Verbesserungen im Justizwesen angestrebt. Das Vertrauen vieler Bürger in die Polizei und Justiz ist aber als eher gering zu bewerten.

Jedem Bürger steht theoretisch die Möglichkeit offen, sich bei Streitfällen mit staatlichen Institutionen an einen von der Regierung eingesetzten unabhängigen Schlichter (Médiateur de la République) zu wenden. In verstärktem Maße möchten die Sicherheitskräfte gegen den sich im Lande, aber auch in den Nachbarländern, ausbreitenden Drogenhandel vorgehen.

Übersichtsinformationen zur Lage & Fazit

Mali galt bis zum Militärputsch 2012 als demokratisches Musterland Westafrikas. Allerdings prägte einer ausgesprochene *Konsensdemokratie und eine schwache Opposition die politische Landschaft. Nach Auffassung von Kritikern verwendete die Regierung viel Energie darauf, weitestgehenden Konsens für in der Gesellschaft diskutierte Fragen herzustellen, was in vielen Fällen zu Lasten realistischer Lösungsstrategien für die zahlreichen drängenden Zukunftsprobleme des Landes gehe.

Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung vermittelt einen kritischen Überblick über die malische Parteienlandschaft und die Institutionen des Mehrparteiensystems vor dem Militärputsch 2020. Die Autoren kamen unter anderem zum Ergebnis, dass die wichtigsten Parteien über keine kohärenten, hinreichend durchdachte Partei- und Wahlprogramme verfügen. Zudem haben die von den Parteien erarbeiteten Dokumente mehr Pamphlet- als Programmcharakter; diese Dokumente «bearbeiteten» politische, ökonomische und soziale Fragestellungen.

Die große Mehrheit der malischen Bevölkerung stand zumindest bis zum Militärputsch 2020 hinter dem demokratischen System. Von nicht wenigen Maliern wurden aber auch immer wieder vermeintliche unerwünschte Begleiterscheinungen der Demokratisierung beklagt, so zum Beispiel abnehmender Respekt vor traditionellen Strukturen und staatlichen Organen. Zudem wurden der Staat und seine Institutionen in zunehmendem Maße als schwach und korrupt angesehen.

Einen prima Überblick über die demokratische Entwicklung bis 2005 bietet die Dokumentation einer im selben Jahr von der Friedrich-Ebert-Stiftung organisierten Tagung.

Viele Malier bewerten das Engagement von Einzelpersonen in politischen Parteien nicht primär als Ausdruck einer politischen Einstellung, sondern als eine Möglichkeit zur Verbesserung der persönlichen Lebens- und

Wirtschaftsverhältnisse (finanzielle Vergünstigungen, Aufnahme in Netzwerke, Aufstiegschancen).

□□□□□□□☀□□□□□□□□

Die Redaktion, Frau S. Keller, überarbeitete diesen Text *vollständig*. Die ursprünglichen Texte entstammen dem Länderportal der GIZ; ursprünglicher Verfasser: Kai Uwe Seebörger. Die Urheber wurden über unsere Weiterverwendung informiert.

Die Beitrag-Links führen zu den entsprechenden Orten auf der Weltkarte und weiterführenden Informationen.

*Konsensdemokratie ist ein politisches System, das auf Einigung und Einbeziehung vieler Meinungen basiert, um breite Akzeptanz für Entscheidungen zu schaffen.

Hier folgt alles über den Nord-Mali-Konflikt

Konflikt Nordmali

